

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Verlagspreis: monatlich 2.80 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bzw. 14.70 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Altes Rathaus 11. Fernruf Nr. 2016 und 2018. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Kolonne jeile 60 Pf., die 22 mm breite Zeilenzeile 2.-M.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 4.-M. Ausland 2.- bzw. 6.- M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 520

Freitag, 5. November 1920.

74. Jahrgang

Ein deutscher Milliarden-Truft.

Rhein-Elbe-Union und Siemens-Schuckert.

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Siemens u. Halske A.-G. und der Elektrizitäts-A.-G. vorm. Schuckert u. Co. wurde der Beschluß gefaßt, gleichzeitig für die gemeinsame Tochtergesellschaft, die Siemens-Schuckert G. m. b. H., eine Interessengemeinschaft

Interessengemeinschaft

einzugehen mit der Selsenkirchener Bergwerks- und Hütten-A.-G. Einer demnächst stattfindenden Generalversammlung soll dieser Beschluß zur Genehmigung vorgelegt werden, der das Ziel erstrebt, den Arbeitsprozeß, am Rohstoff beginnend, nicht nur zu vereinfachen, sondern auch zu verbilligen.

Der Siemens-Schuckert-Konzern schließt sich diesem Grundgedanken an und sucht ihn mit seinen hochentwickeltesten Fertigfabrikaten bis zu seinen letzten Konsequenzen durchzuführen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland erfordert es, die bestehenden Einzelunternehmungen zu festigen und neue Wege aufzuweisen, die zum höchsten technischen und wirtschaftlichen Leistungsgrad bei der Herstellung von Fertigfabrikaten führen. Die Elektroindustrie muß zu diesem Zweck darauf Einfluß gewinnen, daß ihr bereits in Rohstoffen und Halbfabrikaten Qualität geboten wird, die nicht nur ihr Arbeitsverfahren verbilligt, sondern auch die eigenen Fabrikate auf eine höhere Wertstufe hebt. Sie muß sich ferner helfen machen von der drückenden Sorge um Rohstoffbeschaffung und sich einen gütigen Fabrikationsgang sichern, der unter Vermeidung aller unnötigen Frachtkosten sie in die Lage setzt, die Fabrikationszeit ihrer Fabrikate wesentlich zu kürzen.

Der neue Zusammenschluß sichert die Möglichkeit, anstelle der Rohprodukte und Halbfabrikate in ausgedehntem Maße Fertigfabrikate zu exportieren.

an die große Lohnsummen gebunden sind. Der Zusammenschluß bildet ein Gegengewicht gegen die schädlichen Folgen der Konjunkturschwankungen für alle Beteiligten und fördert dadurch die gleichmäßigere Beschäftigung der Arbeiter und Angestellten.

Angriffe Helfferichs gegen den Reichsfinanzminister.

Gestern ist die allgemeine politische Aussprache im Reichstag fortgesetzt worden. Der Abg. Dr. Helfferich von der Deutschnationalen Partei richtete scharfe Angriffe gegen den Reichsfinanzminister. Zunächst behauptete er, es drohe in Deutschland ein neuer Putz auf fröhlicher Basis, und zwar von links her. Zum Thema Reichsausgaben fragte Helfferich, wo die jetzige Wirtschaft hinwende. Bis 31. März 1921 sei mit einer Schuldenlast des Reiches von 320 Milliarden Mark zu rechnen. Bei einer solchen Situation helfe dem Reich auch keine Bankrott-erklärung. Auch die Entente würde eine Bankrott-erklärung nicht anerkennen. Erreicht würde durch eine Bankrott-erklärung gar nichts. Die Sozialisierung auf dem Steuerwege könne man nur mit den größten Sorgen betreiben. Helfferich fragte, was der Reichsfinanzminister dazu habe, um die Zehlförderung aus den Verkehrsverwaltungen zu befehlen. Die Tarife ließen sich nicht ins Ungemessene steigern. Helfferich wies darauf hin, daß im neuen Etat 18 000 neue Beamtenstellen vorgesehen seien, in Wirklichkeit seien es aber 24 800. Die Regierung betone dabei immer, daß keine neuen Stellen geschaffen werden sollen. Die Sozialisierung aller Schattierungen könne keine Partei ab. In Frage komme für seine Partei eine Gewerkschaftszugehörigkeit der Arbeiter.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Angriffe des Abg. Helfferich. Eine Revision der Steuergesetze, wie sie die deutschnationale Partei anstrebe, trage zur Lösung des Steuerproblems nicht bei. Es sei jetzt die Aufgabe, die bestehenden Gesetze durchzuführen. Hinsichtlich der Befolgsordnung erklärte Dr. Wirth, es sei nötig, die Beamten aus dem Zustand der nervösen Unruhe herauszuführen in bessere Verhältnisse. Dr. Helfferich Erwähnung der Schwerindustrie werde der Regierung Anlaß geben, sich nachträglich mit den Direktoren der Schwerindustrie zu befassen. Dann fragte Dr. Wirth an, daß das Reich neue Milliarden brauche, um das nötige Brotgetreide im Ausland zu kaufen. Das Reich müsse zuzahlen, denn wenn das Brot im Verhältnis zu dem Preis auf dem Weltmarkt verkauft werden müßte, dann würden die Löhne wieder steigen.

Der Abg. Dr. Quast von der Volkspartei erklärte, eine Revision der Steuergesetzgebung sei nicht zu umgehen. Die Aussprache wurde auf Freitag vertagt.

Wilson zum Rücktritt gedrängt.

In Berlin verlautet, daß Präsident Wilson angesichts der überwältigenden Niederlage der demokratischen Partei, die seine Politik vertrat, von seinen Freunden gedrängt werde, sich seines während des Wahlkampfes 1916 gegebenen Versprechens zu erinnern, er würde seinen gewählten Nachfolger zum Staatssekretär ernennen und mit dem Vizepräsidenten zu seinen Gunsten zurücktreten, und daß damals gegebene Versprechen jetzt zur Tat zu machen.

Nach der Verfassung der Vereinigten Staaten wäre ein solcher Rücktritt des Präsidenten und Vizepräsidenten mit Nachrückern des Staatssekretärs in die Präsidentschaft möglich. Tatsächlich hatte Wilson vor der Wahl im Jahre 1916 erklärt, seine Niederlage würde für ihn die Bedeutung haben, daß das Volk mit seiner Politik nicht einverstanden sei, und er würde deswegen der Volksmeinung und dem Volkswillen sofort dadurch Rechnung tragen, daß er durch seinen Rücktritt es ermöglichen würde, die neue Politik in Kraft treten zu lassen. Ferner hat der Vizepräsident Marshall damals erklärt, er würde nicht zögern, an die Stelle des Präsidenten treten und deswegen ebenfalls seinen Rücktritt nehmen. An diese Tatsachen wird Wilson nunmehr erinnert.

Wie wir mitteilen, beträgt die Mehrheit Harding über 6 Millionen Wählerstimmen, eine Zahl, die in der Geschichte der neunundzwanzig Wahlkämpfe Amerikas bisher noch nicht erlebt worden ist. Allerdings kommt dabei in Betracht, daß die Wahl der Wahlberechtigten diesmal infolge des neuen Frauenstimmrechts sich fast um das Doppelte vermehrt hat. Wichtiger indes als die Stimmenmehrheit sind die Namen der Staaten, die von den Demokraten des Jahres 1916 auf die Republikaner übergegangen sind, nämlich Arizona, Kalifornien, Colorado, Kansas, Nebraska, New Hampshire, Nord-Dakota, Ohio und Washington; sogar die Stadt New-York, die als demokratische Hochburg anzusehen ist, wählte Harding. Die Deutschen und die Länder haben fast ausnahmslos für Harding gestimmt.

Präsident Harding erklärte, einen größeren Betrag für den europäischen Hilfsfonds stiften und einen Aufruf an das amerikanische Volk richten zu wollen, allen leidenden Kindern im Auslande zu helfen.

Mz. London, 3. Nov.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Washington wird die republikanische Partei im Repräsentantenhaus eine Mehrheit haben, die 100 Stimmen übersteigt.

Die Mehrheit der republikanischen Partei im Senat wird vielleicht 18 Stimmen betragen.

Amerika und Japan.

Amsterdam, 4. Nov. Bei der Abstimmung in Kalifornien ergab sich eine große Stimmenmehrheit für ein Gesetz, wonach Japaner keinen Grundbesitz erwerben dürfen.

General Smuts erkennt die deutschen Kolonialleistungen an.

Gegenüber der weit sich noch auswirkenden Verheerungsarbeit in der agnerischen Presse kann nicht oft genug darauf verwiesen werden, wie die Dinge in der Wirklichkeit liegen. Wir haben einen unverdächtigsten Zeugen: den südafrikanischen Premierminister Smuts, der jetzt Deutsch-Südwestafrika besuchte. In seiner Ansprache in Gideon wandte er sich wie in anderen Orten zunächst an die deutsche Bevölkerung, deren Notlagen als Kolonisten er unumwunden anerkannte, und deutete darauf hin, wie Nütziges sie sowohl in der Union als auch in Südwestafrika vor dem Kriege geleistet hätten. Er forderte sie zum freundlichen, weiterstrebenden Zusammenarbeiten mit der neuen Bevölkerung und neuen Verwaltung auf. Auch in Omaruru erklärte der General in seiner Ansprache beim Essen der Bürgergesellschaft die hohen Kulturleistungen der alten Regierung und der alten Bewohner an, wenn er auch hier nicht mehr vom Mandat der Union auf Südwest, sondern andauernd von der „province“ Südwestafrika sprach. In Oka handa sprach, dem „Ausland“ zufolge, Smuts davon, wie es die einst armen Deutschen in der Union durch Fleiß und Tüchtigkeit zu etwas gebracht hatten und wie die Deutschen durch ihre Kulturleistungen auch Südwestafrika der Barbarei entrissen hätten, um es zu einem Kulturlande zu machen.

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

Mz. London, 5. Nov.

Die Bergarbeiter von Yorkshire und Northumberland haben die Arbeit wieder aufgenommen. Man hofft, daß am Montag der Betrieb wieder überall im Gange ist. Erklärlich ist, daß der Rat der Bergarbeiterführer, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, allgemein angenommen worden ist.

Die griechische Königsfrage.

Genf, 3. Nov. Die hiesigen griechischen Kreise aus Athen gemeldet wird, daß die griechische Regierung das Gesetz aufgehoben, durch das jeder, der den Namen des Königs Konstantin erwähnte, mit zwei Jahren Zuchthaus bedroht war. Sofort nach der Aufhebung dieses Gesetzes erschienen in den Schaufenstern Bildnisse Konstantins, und es fanden große Demonstrationen zu seinen Ehren statt. Die bewaffnete Macht schritt gegen diese Demonstrationen ein, und es kam zu Zusammenstößen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Verordnung der Rheinlandkommission über Arbeitskreisstellen.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die bisherigen Bestimmungen über die Streitigkeiten im gewerblichen Arbeitsverhältnis in einer neuen Verordnung 53, die am 1. Nov. 1920 in Kraft getreten ist, aufbewahrt. Danach werden Aussperrungen und Ausschlüsse in einer erheblichen Anzahl von Betrieben, die vom Standpunkt der Alliierten aus als lebenswichtig bezeichnet werden, nur unter Innehaltung bestimmter Vorschriften für zulässig erklärt. Im einzelnen handelt es sich um Betriebe der Eisenbahn, der Reparaturwerkstätten, der Straßenbahn, des Wegebauwesens, der Bergwerke, der Telegraphen-, Telephon- und Postverwaltung, der Schifffahrt und der Schiffahrt, der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, ferner um Angestellte, die entweder unmittelbar in Diensten der Armeen stehen oder mittelbar durch Unternehmer für sie tätig werden, wenn diese Unternehmer unter Leitung der Armeen an der Errichtung oder Unterhaltung von Kasernen oder anderer Gebäulichkeiten arbeiten, oder mit der Erzeugung, Behandlung oder Verteilung von Lebensmittelvorräten zu tun haben, oder schließlich Material zum Gebrauch der Besatzungsarmeen bearbeiten. Die Kommission hat auch das Recht, den Kreis dieser Betriebe jederzeit durch einen Befehl zu erweitern.

Ueber das innerhaltende Verfahren besagt die Verordnung im wesentlichen folgendes: Jeder Streitfall ist zunächst den nach deutschem Recht zuständigen Schlichtungsbehörden zu unterbreiten. Diese haben längstens binnen acht Tagen ihre Entscheidung zu fällen. Jede Partei hat binnen einer weiteren Frist von acht Tagen das Recht, gegen die endgültige Entscheidung der deutschen Behörden Berufung an die Rheinlandkommission einzulegen, welche bei dem Kreisdelegierten der Rheinlandkommission, in dessen Bezirk der Streitfall entstanden ist, anzubringen ist. Nach der Berufung entscheidet ein von der Rheinlandkommission ernannter Schlichtungsausschuß, der fortan aus einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern besteht. Die Parteien haben sich bei diesem Ausschuss durch vier Mitglieder vertreten zu lassen, von denen zwei von den Arbeitgebern und zwei von den Arbeitnehmern zu bezeichnen sind. Diese Vertreter haben das Recht, an den Beratungen des Ausschusses teilzunehmen und dort zu Wort zu kommen. Ungebührliches Verhalten kann den Ausschluss von den Verhandlungen nach sich ziehen. Der Schlichtungsausschuß kann außerdem Sachverständige mit beratender Stimme anstellen. Der Beschluß des Schlichtungsausschusses ist den Beteiligten anzustellen. Nach der Aufstellung kann jede Partei aussetzen oder in Ausstand treten, sofern eine derartige Abkündigung dem Kreisdelegierten schriftlich mitgeteilt wird. Aussperrung und Ausschlüsse werden jedoch erst acht Tage nach Zugang dieser schriftlichen Mitteilung wirksam.

Das Ruhrgebiet.

Wie die Blätter aus Essen melden, hatte Jouhaux, das französische Mitglied der internationalen Gewerkschaftskommission, die zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse das Ruhrgebiet bereist, in einer Rede, die Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes sprachen sich gegen jeden Militarismus und aus diesem Grunde gegen jede Befehlshaber eines Landes durch die militärischen Kräfte eines anderen Landes aus. Die internationale Gewerkschaftskommission könne aber keine Umstände, die auf eine bevorstehende Befehlshaber des Ruhrgebietes hindeuten.

Partier Blätter hatten die Nachricht verbreitet, daß der holländische Gewerkschaftsführer Primmien sich habe angeschlossen habe, die gewerkschaftliche Internationale habe dem Grundsatze der Befehlshaber des Ruhrgebietes zugestimmt. Das sozialistische Blatt „Populaire“ erklärt, diese Nachricht sei falsch; Primmien könne sich niemals in dieser Weise geäußert haben. Im übrigen sei das Blatt ermächtigt, schon jetzt zu erklären, daß die gewerkschaftliche Kommission, die gegenwärtig eine Studienreise im Ruhrgebiet unternimmt, von der elenden Lage der Arbeiter im Ruhrgebiet überzeugt sei.

Die Gewerkschaftsvorstände, die zum Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gehören, haben am 4. November eine Rundgebung beschlossen, die die Arbeiterschaft der ganzen Welt auf die Gefahr aufmerksam macht, die eine Befehlshaber des Ruhrgebietes mit sich bringen würde.

Der Streik der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 5. Nov. (Gavas). „Le Soir“ meldet, daß der Bergarbeiterstreik im Kohlenbecken von Charleroi auch auf andere Kohlenruben im Becken des Zentrums übergriffen habe.

General Wrangel besiegt?

Moskau, 4. Nov. In einer Rundgebung Trozkis vom 2. November heißt es: General Wrangel liegt in den letzten Tagen: fünf Armeen halten ihn von allen Seiten umringt. Durch den letzten Ansturm der tapferen roten Regimenter wurde der Feind von den Landungen abgeschnitten. Er sucht jetzt in jeder Richtung einen Ausweg. Wrangel ist noch nicht vernichtet, aber sein Schicksal ist besiegelt.

